

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	47 (1953)
Heft:	4
Artikel:	Weltrundschau : Wendung im Kalten Krieg? ; Gefährliche Kräfte ; Etwas über Gewalt ; Das Grab der Freiheit ; Und doch Hoffnung!
Autor:	Kramer, Hugo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-139783

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Den deutschen Verteidigungsbeitrag und die ganze Westintegrierung lehnt Rauschning in der denkbar schärfsten Form ab. Die Spaltung Deutschlands in zwei Teile stelle eine Bewußtseinsspaltung dar, die Bonner Konzeption sei quasi also schizophren. Es läuft im Grunde auf Dr. Schumachers erbarmungsloses Verdikt hinaus, wenn Rauschning erklärt: die Westverträge anzunehmen, komme einem Verrat an der ureigensten deutschen Bestimmung und also dem *nationalen Selbstmord* gleich. Rauschning sagte das schon in seinem früheren Werke; es sei aber hier wiederholt, weil Presse und Rundfunk — und Buchhandel — es verstanden haben, jenes grundlegende Buch, wie Schopenhauer sagte: zu «sekretieren», das heißt ihm lautlos den Kragen umzudrehen. Ob es mit dem neuen Werke auch gelingt?

Einer vielleicht nicht ganz richtig gedeuteten Alternative muß ich zum Schluß noch entgegentreten: In «Deutschland zwischen West und Ost» meinte Rauschning an einer Stelle, unsere Zeit sei eine Zeit der Entscheidung auch zwischen Atheismus und Gottgläubigkeit. Ich möchte gerade dies für einen völlig falschen Gegensatz halten. Der wirkliche Schnitt geht ganz anders hindurch; er geht — nach Jesus — hindurch zwischen der Edtheit und der Heuchelei, zwischen der Wahrhaftigkeit und dem Sophistentum, zwischen dem nein sagenden, aber ja sagenden und dem ja sagenden, aber nein tuenden Sohne. Daß das christliche Abendland der ja sagende Neintuende ist, das hat schon jener Bibelabschreiber des frühen Altertums gewußt, der dieses gefährlichste Gleichnis Jesu in sein direktes Gegenteil verkehrte.

Es gibt atheistische Jesusjünger, wie es — en masse sogar — christliche Heiden, zum Beispiel Mammonsanbeter, gibt.

Rauschning hat sein neues Buch um einige Grade realistisch-nüchterner gehalten als das frühere. Das mag ihm bei den Alltagsmenschen, die ja immer noch genug an dem Inhalt des Werkes zu verdauen haben, seinen Weg erleichtern. Wir hingegen freuen uns der prachtvollen Unbedingtheit und Unbekümmertheit des früheren Buches, das mit den Sätzen schließt: «Europa kann nur als eine heilige Gemeinschaft entstehen, begründet auf dem Pramat geistiger und sittlicher Normen vor dem Utilitarismus von Ökonomie und Machtpolitik ... Die Menschheit ist an einem Wendepunkt angelangt. Jeder fühlt es ... Das Hergebrachte und Gebräuchliche, die gewohnten Mittel und Methoden reichen nicht mehr aus: Das Ungewöhnliche, das Ungemeine, die äußerste Anstrengung über sich und das alltägliche Maß hinaus ist notwendig. Nicht was im bürgerlichen Sinne als recht und billig, klug und nützlich erscheint, hilft, sondern allein der rettende, tragisch-tödliche Sprung in das verzehrende göttliche Feuer, in das der Verzweifelnde sich stürzt wie Empedokles einst in den Ätna.»

So allein, untergehend, erfahren Mensch wie Volk die Wiedergeburt.» Daniel

WELTRUNDSCHEAU

Wendung im Kalten Krieg? Wir haben unsere letzte Rundschau mit der Feststellung beginnen müssen, daß sich der weltpolitische Horizont infolge des Regierungswechsels in Amerika sichtbar verdüstert habe. Dürfen wir heute sagen, daß er sich infolge des Regierungswechsels in der Sowjetunion wieder aufzuhellen scheine? Wir möchten es nur zu gern — und doch ist Vorsicht im Urteil geboten. Nicht etwa darum, weil wir zu den Neunmallklugen gehörten, die in jeder «Friedensoffensive» der kommunistisch regierten Staaten nur ein hinterlistiges Täuschungsmanöver sehen, dazu bestimmt, den «freien

Nationen» Sand in die Augen zu streuen und ihre Wachsamkeit gegenüber den angeblichen Kriegsplänen Moskaus und seiner Verbündeten einzuschläfern, sondern darum, weil wir die Reaktion der Westmächte, und vor allem der Vereinigten Staaten, auf die neuen Friedensfübler der Ostblockregierungen für gänzlich unzulänglich, ja verfehlt halten.

Was ist denn geschehen? So ziemlich das Gegenteil dessen, was viele vermeintlich gewitzigte Beobachter als Folge von Stalins Tod und des Übergangs der Regierungsmacht in der Sowjetunion auf jüngere, angeblich tatendurstige und kriegslüsterne Männer prophezeit haben. Um nur ein Beispiel anzuführen: Der frühere langjährige Sekretär der Kommunistischen Partei Amerikas, Earl Browder, der jetzt aus seiner Bekehrung, wie so viele andere, ein Geschäft macht, schrieb noch am 14. März in der Neuyorker «Nation»:

«Die Kriegsgefahr wird durch den Hinschied Stalins verschärft werden... Die zweite Führergarnitur, die sich vielleicht zu lang darauf verlassen hat, daß ja Stalin alles originale Denken besorge, scheint unfähig zu sein, mit Amerika anders als im Ton hysterischer Beschimpfung zu verkehren... Es wäre deshalb utopisch, zu erwarten, daß die neue Führung in Rußland in ihrer ersten Zeit auf innen- wie außenpolitischem Gebiet eine erleuchtetere Politik verfolgen werde. Sie dürfte im Gegenteil in ihrer Haltung und Stimmung eine Zeitlang noch unduldsamer sein.»

Umgekehrt ist auch gefahren! In Wahrheit bekunden die ersten Äußerungen und Handlungen der sowjetischen Innen- wie Außenpolitik nach Stalins Tod ein Maß von Duldsamkeit und Verständigungsbereitschaft gegenüber den Westmächten, wie man es kaum mehr erwartet hatte. Die russische Diplomatie setzt sich vor allem — um nur die wichtigsten Tatsachen zu erwähnen — vorbehaltlos für eine rasche Einstellung des Koreakrieges ein, und zwar durch die Lösung der Gefangenengröße, dieses letzten Hindernisses für den Abschluß eines Waffenstillstands, auf Grund einer Formel, der auch die Amerikaner sollten zustimmen können. Sie hat die Hand zu einer, wie man hoffen darf, glücklichen Überwindung der Krise im Generalsekretariat der UNO geboten. Sie sucht einen Weg, um die unglückseligen Zwischenfälle im Flugverkehr mit Berlin nach Möglichkeit auszuschalten. In der Innenpolitik aber stellen die große Amnestie für politische Verbrechen, eine weitere, starke Preisherabsetzung und die Freilassung der zu Unrecht des Mordes und Mordversuchs bezichtigen jüdischen Ärzte Handlungen dar, die unverkennbar von einem versöhnlichen und vernünftigen Geist eingegeben sind. Insbesondere der offene Widerruf der Anklage gegen die jüdischen Ärzte ist geradezu eine sensationelle Neuheit in der sowjetischen Justizpraxis, und es bleibt nur zu hoffen, daß das hier gegebene Beispiel auch bei anderen «Verräterprozessen», die auf gleich morscher Grundlage ruhen, befolgt werde¹.

¹ Wichtig ist besonders, daß auch nach der amtlichen Moskauer Mitteilung die Geständnisse der angeklagten Ärzte «mit unzulässigen Methoden» herbeigeführt worden sind. Sollte das wirklich der einzige Fall dieser Art in all den kommunistischen Staatsprozessen sein? Muß man nicht vermuten, daß ähnliche Methoden zum Beispiel

Welcher Art auch immer die Kräfte sein mögen, die die jüngsten Initiativen Moskaus ausgelöst haben — soviel steht für uns fest, daß die neuen Männer im Kreml aufrichtig bestrebt sind, eine bessere internationale Atmosphäre und die entsprechenden innenpolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Um so mehr muß man die Reaktion bedauern, die im westmächtlichen Lager auf diese Vorstöße erfolgt ist. Die vorherrschende Meinung ist, die innenpolitischen Maßnahmen der Sowjetregierung verrieten nur die Schwäche ihrer ganzen Stellung gegenüber dem eigenen Volk, seien also ein Beweis für die Richtigkeit der «Befreiungspolitik» der Westmächte. Bei ihren außenpolitischen Schritten aber handle es sich einfach um «ein Vernebelungsmanöver mit dem Zweck, den Westen in Optimismus einzulullen, bis neue Vorstöße in Asien vorbereitet sind, oder um eine großangelegte Täuschung, um den neuen Herren im Kreml Muße für innere Auseinandersetzungen zu geben». (Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung», Nr. 732, aus London.) Die amtlichen Kreise sind in ihren Äußerungen eine Schattierung gutartiger, wenn auch zum Beispiel Staatssekretär Dulles erklärte, «die Moskauer diplomatische Offensive ändere nichts an der internationalen Lage, die durch ihre Gefährlichkeit charakterisiert sei». Präsident Eisenhower selbst will abwarten, ob sich die russischen Avancen wirklich als ernstgemeint herausstellten (und als ernstgemeint will man sie natürlich erst gelten lassen, wenn sie zu einem bedingungslosen Einschwenken auf die Linie der amerikanischen «Friedenspolitik» führen), warnt jedoch davor, die schlechten Erfahrungen zu vergessen, die man bisher mit den Russen gemacht habe. Einig aber ist man im westlichen Lager darin, daß keine Rede davon sein könne, die Politik der forcierten Kriegsrüstungen, der Eingliederung eines wiederbewaffneten Westdeutschlands in die Europafront und des Neuaufbaues der japanischen Wehrmacht aufzugeben oder abzuschwächen. Man redet sich gegenteils ein, daß die Schwenkung Moskaus — wenn es eine sei — gerade die Wirkung dieser Rüstungspolitik sei und daß man nur recht konsequent fortfahren müsse, die Sowjets unter Druck zu setzen, um noch viel bessere Ergebnisse zu erzielen². Kurz, man nimmt als völlig selbstverständlich an, daß die von den Vereinigten Staaten

auch im Slanskyprozeß angewandt wurden? Und wenn die angeblich so «einwandfreien» Beweise für eine Agententätigkeit der Moskauer Ärzte im Dienste der Westmächte jetzt als gefälscht und völlig hältlos erklärt werden, hat man dann nicht das Recht zu der Vermutung, daß das Beweismaterial auch in gewissen anderen Prozessen genau so willkürlich und gewissenlos fabriziert wurde? Die Wahrheit wird schon noch einmal ans Licht kommen!

² So zum Beispiel im Zürcher «Volksrecht». Noch mehr in der amerikanischen Presse. «Nach der in der UNO herrschenden Meinung sind die Roten zur Änderung ihrer Taktik gezwungen worden durch die UNO-Verteidigung von Korea, die Organisation der NATO, die tatsächliche Setzung der amerikanischen Industrie auf Kriegsfuß und die angekündigte Absicht der Regierung Eisenhower, die Offensive zu ergreifen, um den Kommunismus zu besiegen. Wenn diese Theorie richtig ist, so hat der Westen bereits einen bedeutenden strategischen Sieg errungen, indem er Moskau zwang, sich von der Offensive auf die Defensive umzustellen.» («Detroit News», 3. April.)

ten beherrschte und finanzierte Politik der Westmächte durchaus auf dem rechten Weg sei und daß es einzig von der Sowjetunion und ihren Verbündeten abhänge, ob es zu einem dauerhaften Friedenszustand in der Welt komme.

Und das ist vom Standpunkt der Westmächte aus soweit auch ganz begreiflich, droht doch die Sowjetunion einen dicken Strich durch ihre Rechnung zu machen. Ihnen, vor allem der neuen amerikanischen Regierung, ist es ja vor allem darum zu tun, den kalten Krieg so lange weiterzuführen, bis die Sowjetunion derart in die Enge getrieben sei, daß sie entweder kapitulieren oder aber einen Verzweiflungskrieg auf sich nehmen müsse. Auf diese methodische Scharfmacherpolitik antwortet nun die Sowjetunion, im Einvernehmen mit China und Nordkorea, mit einer anscheinend ebenso planmäßigen Entspannungspolitik, in der Überzeugung, daß eine Fortsetzung des amerikanisch-westmächtlichen Kurses in absehbarer Zeit zur Katastrophe führen müsse. Die Verlegenheit der «freien Nationen», die ihre «Befreiungspolitik» gegenüber dem Ostblock gefährdet sehen und vor dem Ausbruch des Friedens in diesem Augenblick Angst haben, ist offenbar. Was liegt da näher, als wieder einmal sich selbst als die von lauterstem Friedenswillen beseelten Vorkämpfer von Freiheit und Recht zu preisen, die Russen (und Chinesen) aber als die ewigen Störenfriede und hinterhältigen Welteroberer zu brandmarken und von ihnen eindeutige «Taten» — das heißt Annahme der amerikanischen Bedingungen — zu verlangen, wenn man ihre Friedensschalmeien nicht als bloße Rattenfängerei bewerten solle³?

Gefährliche Kräfte Genauer gesagt: Man verlangt und erwartet eigentlich im westmächtlichen Lager nicht, daß der Ostblock, so wie er heute dasteht, eine Wendung zu einer unzweideutigen Friedenspolitik vornehme, wie sie der Westblock seit jeher verfolgt; man erklärt vielmehr, die Existenz eines Ostblocks *an und für sich*, mit den 800 Millionen Menschen, die er umfasse, sei mit der Schaffung eines wirklichen Friedenszustandes auf die Länge unvereinbar. Das ist auf jeden Fall, seit Eisenhower und Dulles ans Ruder gekommen sind, die Grundthese der amerikanischen Außenpolitik, im Gegensatz zu Trumans «Ein-

³ Das ist auch die Taktik Präsident Eisenhowers in seiner Rede vom 16. April, die von Winston Churchill ausdrücklich gebilligt worden ist. Er stellt an die Sowjetunion sehr weitgehende Forderungen: Rückzug aus Österreich, Preisgabe Ostdeutschlands und der osteuropäischen Volksrepubliken an die Westmächte (das ist natürlich gemeint mit der Formel: «Recht des freien Zusammenschlusses der Nationen Osteuropas mit andern Nationen in einer weltumspannenden Gemeinschaft des Gesetzes»), Beseitigung des kommunistischen Nordkoreas (das allein versteht Amerika unter einer Wiedervereinigung Koreas auf Grund freier Wahlen), Herstellung eines «echten Friedens» in ganz Asien (das heißt Abrücken der Sowjetunion und Chinas von den revolutionären Freiheitsbewegungen der asiatischen Völker) und so fort. Von entsprechenden Gegenleistungen der Westmächte ist bei Eisenhower keine Rede; daß Amerika etwa das neue China anerkennen, von

dämmungspolitik», die sich damit begnügen wollte, ein weiteres Umschreifen des Kommunismus in der Welt zu verhindern. James Burnham, der die jetzt offiziell zur Geltung gelangte «Befreiungspolitik» schon längst gepredigt hat, spricht es denn auch in der Neuyorker Sonntagszeitung «This Week Magazine» (vom 8. Februar 1953) rückhaltlos aus:

«Ich bin der Meinung, daß Moskau in der nächsten Zukunft nicht vorsätzlich einen allgemeinen Krieg anfangen wird.» Die Gefahr für die Vereinigten Staaten und die anderen freien Länder liege nicht hier, sondern ganz wo anders. «Diese Gefahr kann in einem einzigen Satz ausgedrückt werden: Wenn es den Kommunisten gelingt, das festzuhalten, was sie schon erobert haben, dann ist ihr vollkommener Weltsieg eine Gewißheit. Dies ist die einfache und schreckliche Tatsache: wenn die Dinge lediglich so bleiben, wie sie sind, dann haben wir schon verloren.»

Man weiß in den Vereinigten Staaten tatsächlich genau, daß die Sowjetunion in einem neuen Krieg nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren hätte. Strategisch und wehrwirtschaftlich dem Westblock klar unterlegen, darf sie es nicht auf einen Krieg ankommen lassen; eine lange Friedenszeit hingegen, davon ist sie überzeugt, werde ihr nicht nur erlauben, ihr riesiges wirtschaftliches und kulturelles Um- und Aufbauwerk entscheidend weiterzuführen und zu sichern, sondern auch die Überlegenheit des kommunistischen über das kapitalistische und feudalistische Regime derart eindrücklich zu beweisen, daß die übrige Welt mit der Zeit ganz von selbst ebenfalls kommunistisch werde.

Das aber ist's gerade, was man in Amerika mit allen Kräften zu verhindern strebt. Die Welt des «freien Unternehmertums», so sagt man sich, darf nicht ruhig zusehen, wie sich das kommunistische Drittel der Erde immer mehr befestigt; man muß dieser tödlichen Gefahr zuvorkommen — nicht notwendigerweise durch einen eigentlichen Präventivkrieg, wie ihn sehr hochgestellte Politiker und Militärs in den USA immer wieder gefordert haben, aber auf alle Fälle durch Ausübung eines wachsenden militärischen Druckes auf die kommunistischen Staaten, die, unbarmherzig in die Zange genommen und zugleich von innen ausgehöhlt, früher oder später unfehlbar zusammenbrechen würden. Nicht untätig abwarten, sondern höchste Aktivität auf ein festes Ziel hin entfalten und notfalls mit aller Macht zuschlagen — das ist jetzt die Lösung. Und Präsident Eisenhower meinte kaum etwas anderes, wenn er in seiner Botschaft über die Lage der Vereinigten Staaten vom vergangenen Januar sagte:

Tschiang Kai-shek abrücken und seine Stellungen in Japan räumen wolle, deutet er mit keiner Silbe an. Erst wenn die Sowjetunion seine Bedingungen erfüllt habe, seien die Vereinigten Staaten bereit, an die Abrüstung heranzugehen, insbesondere an die internationale Kontrolle der Atomkraft und das Verbot atomischer Waffen — wobei angenommen werden muß, daß das wieder auf der Linie des ehemaligen Baruch-Lilienthal-Acheson-Planes erfolgen würde, der nach sachverständigem Urteil die Sowjetunion wirtschaftlich wie militärisch den Vereinigten Staaten in die Hand gegeben hätte, wenn er von den Russen angenommen worden wäre. So stellt man der Sowjetunion aufs neue Bedingungen, deren Erfüllung nur bei größter Selbstverleugnung möglich wäre, um dann bei deren Ablehnung ihre Friedensliebe als reine Heuchelei «entlarven» zu können. (18. April.)

«Wir haben gelernt, daß die freie Welt nicht unbegrenzt in einem Zustand lähmender Spannung verharren kann, der dem Angreifer dauernd die Wahl von Zeit, Ort und Mitteln überläßt, uns den größten Schaden mit den geringsten eigenen Kosten zuzufügen.»

Vorerst wird — neben der massiven Aufrüstung — der Kalte Krieg gegen die kommunistischen Staaten freilich erst mit sogenannten psychologischen Mitteln geführt — mit Propaganda aller Art, Untergrundarbeit in den Ostländern und großangelegter Spionage. Die vielgenannten hundert Millionen Dollar, die auf Grund des Gesetzes über gegenseitige Hilfeleistung im September 1951 von der amerikanischen Bundesversammlung bewilligt wurden, um in den Ostländern die Tätigkeit von Einzelpersonen und ganzen Gruppen im Sinne der Westpolitik zu finanzieren, diese hundert Millionen stellen selbstverständlich nur einen geringfügigen Bruchteil der Gesamtaufwendungen der USA für die Auslösung einer «Befreiungsbewegung» im Sowjetraum dar. Die «New York Herald Tribune» (29. Januar 1953), die mit Freude Eisenhowers jüngste Maßnahmen zur Vereinheitlichung der psychologischen Kriegsführung gegen den Ostblock begrüßte, meinte durchaus zutreffend:

«Ihrer Natur gemäß ist ein Hauptteil der psychologischen Kriegsführung geheim und unterirdisch und geschieht in einer Form, die es der Regierung erlaubt, davon nach außen hin abzurücken.»

Ein anderer Teil vollzieht sich indessen in Formen, die möglichst «überirdisch» und offen sein müssen. So die Radiopropaganda, wie sie etwa von der «Stimme Amerikas», vom Berliner RIAS-Sender und von Radio Frei Europa in München mit einem Aufwand an Personal und Mitteln betrieben wird, dem die Sowjetunion nicht entfernt etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen hat. Auch die zahlreichen Komitees, Verbände und sonstigen Gruppierungen von Antikommunisten aus den Oststaaten, die in Westeuropa und Amerika arbeiten, und nicht zuletzt die weitverzweigte Organisation zur Beeinflussung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder im Sinne der amerikanischen «Freiheitspolitik» entfalten ihre Propaganda großenteils in voller Öffentlichkeit und leisten der amerikanischen Weltmachtpolitik wertvolle Dienste. Darüber hinaus verfolgen die Leiter des ganzen «Befreiungs»-Feldzuges aber Ziele, denen Ehrgeiz so wenig abzusprechen ist wie vollendete Skrupellosigkeit. Im «Wall Street Journal», also einem Organ der großen Neuyorker Geschäftswelt, entwickelte noch vor dem Amtsantritt von John Foster Dulles ein Mitarbeiter (am 17. Dezember 1952) ohne falsche Scheu ein wirklich erbauliches Programm für den neuen Außenminister. Er weist auf die prächtigen Möglichkeiten hin, die Säuberungsprozesse in den Ostländern zur vermehrten Aufputschung des Antikommunismus auszunützen, und fährt dann fort:

«Wenn Dulles einmal diese zusätzliche antikommunistische Stimmung gefördert hat (das Staatsdepartement bemüht sich bereits darum), wird er eine Reihe weiterer Methoden zur Unruhestiftung entwickeln können, mit denen die Regierung schon experimentiert hat. Die folgenden Maßnahmen könnte Dulles, wie hiesige Sachver-

ständige sagen, in großem Stil ergreifen (einige davon werden gegenwärtig in begrenztem Umfang durchgeführt):

Einschmuggelung von leichten Druckmaschinen und Papier für antikommunistische Untergrundzeitungen. Falsche Pässe und Ausweiskarten für Antikommunisten einschmuggeln... Billige leichte Radioapparate einschmuggeln... Sabotagemaßnahmen in roten Waffenfabriken und strategischen Bergwerken durchführen... Man spielt sogar ein wenig mit dem Gedanken, Extra-Rationierungscoupons und nachgemachtes Geld einzuschmuggeln, um in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang weitere Verwirrung zu schaffen. Das Ziel wäre nicht, jetzt schon eine Revolution zu entfachen... Aber man ist im Staatsdepartement mehr und mehr der Auffassung, daß, wenn die Satelliten rebellieren, die Vereinigten Staaten wie in Korea mit Waffen (und vielleicht mit Truppen) eingreifen sollten, um die Rebellen zu unterstützen. Man kennt zwar bereits die Meinung von Herrn Dulles über die Unterstützung lokaler Revolutionen, aber hier liegt doch ein Problem, das er wird sorgfältig studieren müssen, wenn er sein Amt übernimmt.»

Man darf sicher sein: Mr. Dulles studiert es — und es bleibt nicht beim Studieren. Oder glaubt man wirklich, er und seine Kollegen seien jetzt, da die Russen gut Wetter machen wollen, bereit, den ganzen riesigen Apparat, den sie aufgebaut haben, wieder abzumontieren, bevor er seine Arbeit getan — oder sich als Fehlkonstruktion erwiesen hat? Und glaubt man gar, Amerika denke daran, den noch ungleich gewaltigeren Apparat seiner Rüstungsindustrie, an dem solch ungeheure wirtschaftliche Interessen hängen, abzubauen, auch wenn der Wille der kommunistischen Welt, in Frieden neben der kapitalistischen Welt zu leben, noch so klar und ehrlich zum Ausdruck komme⁴? Das Gegenteil trifft zu: Je stärker die kommunistischen Staaten danach streben, in friedlichem Wettbewerb mit dem Kapitalismus ihr System zu entwickeln und zu erproben, desto grimmiger wird im kapitalistischen Lager die Entschlossenheit, diese Art Konkurrenz um jeden Preis zu verhindern und die Kraftprobe auf demjenigen Gebiet zu suchen, auf dem man sich einwandfrei überlegen glaubt. Die zum Krieg treibenden Weltkräfte sind vor allem hier zu Hause; werden sie noch zu bändigen sein, bevor sie allverheerend ausbrechen?

Etwas über Gewalt

In Amerika selbst, aber weithin auch in Westeuropa, weigert man sich freilich immer noch beharrlich, die tödliche Gefahr zu sehen, die aus der geschilderten Sachlage droht. Man sucht den Fehler und die Gefahr immer auf der Gegenseite, in der Gewaltlehre und Gewaltpraxis des Kommunismus, so wie das jüngst auch wieder Staatssekretär Dulles (in seiner Pressekonferenz

⁴ Schon die bloße Ankündigung Präsident Eisenhowers, die Militärausgaben müßten etwas herabgesetzt werden, damit das Budget ins Gleichgewicht komme und die Steuern herabgesetzt werden könnten, hat nach der Aussage des Senators Ferguson dazu geführt, daß der Senatsausschuß für Militärkredite unter Druck gesetzt wird. «Dieser Druck wird nicht von Generälen oder Militärführern selbst ausgeübt, alles geschieht indirekt. Der Druck stammt von Industriellen mit Militäraufträgen, die behaupten, es seien Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsstörungen zu erwarten, wenn die Militäraufträge gekürzt werden sollten.» (Reutermeldung vom 8. April.)

vom 3. April) getan hat, als er, vor der «Friedensoffensive» Moskaus warnend, sagte:

«Die Sowjetführer kennen keine moralischen Hemmungen gegen den Gebrauch von Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele. Das bedeutet eine große Gefahr für den Rest der Welt.»

Im Mund eines höchstgestellten Vertreters der Nation, die Hiroshima und Nagasaki auf dem Gewissen hat und in Korea vor keiner Scheußlichkeit zurückgeschreckt ist, um ihre Ziele zu erreichen, nimmt sich ein solcher Vorwurf allerdings mehr als nur pharisäerhaft aus. Und wenn wir auch vollauf anerkennen, daß es ganz wesentliche Unterschiede in der Art und Weise gibt, wie diese oder jene Staatsform, dieses oder jenes Wirtschaftssystem Gewalt übt, so muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, wie irreführend es ist, wenn man den Vorwurf einer besonders unmenschlichen und unsittlichen Gewalttätigkeit immer nur gegen die politischen Diktatursysteme erhebt, nicht oder doch viel weniger aber gegen die Formen *wirtschaftlicher* und *sozialer* Diktatur, wie sie den Kapitalismus kennzeichnen. Konkret gesprochen: Wenn ich abwäge, was an Gewalttätigkeit, Schändung des Menschentums und Freiheitsberaubung in den Ländern der kapitalistischen Demokratien geschehen ist und weiter geschieht, und was anderseits in dieser Hinsicht in den kommunistisch regierten Ländern gesündigt wurde und wird, so fühle ich mich ganz außerstande, in das Verdammungsurteil einzustimmen, das im westlichen Kulturkreis so einseitig über den kommunistischen Osten gefällt wird. Ja, ich bin längst überzeugt und habe es immer wieder ausgesprochen, daß die Gewalttätigkeit und Unmenschlichkeit, die in den kommunistischen Ländern mit den Mitteln der Staatsgewalt verübt wird, ganz entscheidend die Folge der Gewalttätigkeiten und Unmenschlichkeiten ist, die der von der Christenheit und der bürgerlichen Demokratie geduldete und gestützte Kapitalismus und Feudalismus verübt hat und immer noch weiter verübt.

In diesem Sinne fragen wir mit der amerikanischen Zeitschrift «Monthly Review», die sich in ihrer Märznummer in interessanter Weise über die «Verräterprozesse» in den Ostländern äußert:

«Wissen Sie von einem Regime in der Geschichte, das sich nicht auf Betrug und Gewalt gründete? Müssen wir Sie an die Grundlagen des gegenwärtigen Regimes in Großbritannien erinnern, das wir, wie so viele unserer Landsleute, in wesentlichen Dingen als das demokratischste in der Welt ansehen? Brauchen wir Sie an die Kolonialsklaverei Hunderter von Millionen Menschen zu erinnern? An die Entvölkerung Irlands? An die Verkümmерung ganzer Generationen freigebohner britischer Arbeiter? An die Dutzende von Kriegen, große und kleine, die die herrschende Klasse Englands in ihrem Sonderinteresse und um den Preis ungezählter Menschenleben geführt hat?

Sollen wir Sie an die Grundlagen des Regimes erinnern, das sein Hauptquartier in Washington aufgeschlagen hat und das einen Kreuzzug führt, um die Welt von allen Spuren der sozialistischen Ketzerei zu befreien? An die Art und Weise, wie die eingeborenen Indianer erst durch Lug und Trug von ihrem Boden vertrieben und dann wie wilde Tiere herumgejagt wurden? An die Art und Weise, wie die afrikanischen Neger entführt und versklavt wurden, um Baumwolle zu pflücken, die einer dünnen Minder-

heit Reichtümer einbrachte? An die Revolution und den Bürgerkrieg und die beiden Weltkriege, in denen wir uns als gelehrige Schüler der Kunst des Massenmordes — an Brüdern und an anderen Menschen — erwiesen haben?

... In dem Monat nach der Prozessierung und Hinrichtung von elf kommunistischen Führern in der Tschechoslowakei haben französische Gendarmen mehr als fünfzig Marokkaner niedergemetzelt, die gegen die französische Herrschaft demonstrierten ... Wieviele *gänzlich unschuldige* Nordkoreaner wurden während des Slanskyprozesses von amerikanischen Fliegern auf amtlichen Befehl der amerikanischen Regierung verbrannt oder durch Sprengbomben getötet? Niemand kann es genau sagen, aber die Zahl beläuft sich ganz sicher auf ein Mehrfaches von elf. Was für ein Regime gibt alljährlich Milliarden Dollar aus, um Bomben herzustellen, die, wie es heißt, die Bombe, welche 248 000 Japaner getötet hat, vergleichsweise als harmlosen Feuerwerkskörper erscheinen lassen wird?»

Man könne natürlich, so fährt der Redaktor der erwähnten Zeitschrift fort, ein Regime nach der Masse von Gewalttätigkeit beurteilen, die es verübt. Aber auch an diesem Maßstab gemessen, schneide das kommunistische Regime nicht schlechter ab als seine Gegner:

«Griechenland hat seit dem Zweiten Weltkrieg sicher mehr Regimefeinde hingerichtet als zwei beliebige seiner Nachbarn im Sowjetblock. Daß elf Tschechen im Dezember hingerichtet wurden, das bekam man in ganz Amerika in Riesenlettern zu lesen, aber auch die ‚New York Times‘ (5. Februar) widmete nur sechs Zeilen auf einer Innenseite der folgenden AP-Meldung aus Formosa: ‚Sieben Männer, die als kommunistische Agenten verurteilt worden waren, wurden heute hingerichtet. Das erhöht die Zahl der seit dem 26. November Hingerichteten auf 97.‘ Und was die leitenden Männer der beiden Lager betrifft, so ist es gewiß, daß in den letzten acht Jahren die Vereinigten Staaten für die Tötung einer weit größeren Zahl von menschlichen Wesen verantwortlich gewesen sind als die Sowjetunion.»

Der Verfasser des Aufsatzes schließt aus all dem, daß man den Kommunismus nur angreifen könne, wenn man grundsätzlich alle Gewaltanwendung ablehne, nicht aber, wenn man für die eigenen Zwecke unbedenklich ebenfalls zur Gewalt greife, sobald es einem passe. Nicht, daß man deswegen nun alles gutheißen müsse, was in den kommunistischen Ländern geschehe. Es gebe dort genug Dummheiten, Fehler und Ausschreitungen. Aber wenn man in der heutigen Weltlage Gewalt noch für unentbehrlich halte — und die Westmächte und ihre Parteigänger stehen ja durchaus auf diesem Boden —, dann sei Gewaltanwendung im Dienste der sozialen Revolution der Gewaltanwendung im Dienste des Kapitalismus und der Gegenrevolution unendlich überlegen. Wir selbst lehnen — das brauchen wir hier nicht mehr weiter auszuführen — Gewaltanwendung auch in Form der sozialen Revolution und des nationalen und sozialen Verteidigungskrieges ab, heute, im Zeitalter des totalen Weltkrieges und der Massenvernichtungswaffen entschiedener als je. Aber das ist eben nicht der Standpunkt der Westmächte und ihrer Anhänger, auch nicht jener seltsamen Pazifisten, die Kriegsrüstung und Kriegsführung (als «Polizeiaktion» getarnt) ebenfalls gutzuheißen geneigt sind, wenn es gegen die Kommunisten geht. Von ihrem Standpunkt aus gibt es grundsätzlich gegen kommunistische Gewaltanwendung nichts einzuwenden;

alles kommt dann auf den Zweck an, der mit der Gewaltanwendung erreicht werden soll. Und dann gibt es mindestens für Gegner des kapitalistischen Unrechts keinen anderen Schluß als denjenigen, den auch die «Monthly Review» zieht:

«Unser Land rüstet sich zur Anwendung von Gewalt in einem bisher unerhörten Ausmaß, um eine Gesellschaftsordnung zu erhalten, die im Zeitraum von vier Jahrzehnten bereits die größte Gewaltorgie entfesselt hat, die das Menschengeschlecht in seiner langen, gewaltsamen Geschichte gesehen hat. Der Kapitalismus, die Organisation der Gesellschaft nach dem barbarischen Grundsatz des privaten Gewinnes, ist die Geißel der Menschheit; und Gewalt, die dazu dienen soll, ihn zu erhalten, ist doppelt verurteilt: um ihrer selbst wie um ihres Zweckes willen.»

Das Grab der Freiheit

Es gehört zu den erstaunlichsten Leistungen des Lügengeistes, der jetzt die Menschen im Bann hält wie noch nie zuvor, daß dieser so offen daliegende Tatbestand den meisten unserer Zeitgenossen im Westen durch eine planmäßig erzeugte Kommunistenangst fast völlig vernebelt worden ist. Vor allem in den Vereinigten Staaten, wo — nach einer Schätzung des dortigen Gestapochefs — nicht mehr als 0,05 Prozent der Bevölkerung Kommunisten sind, also von je 40 000 Menschen ganze 20 (unbewaffnete) Männer und Frauen, die der Polizei alle bekannt sind und von ihr ständig überwacht werden. Es ist fast ein Rätsel, wie das, was man in Amerika McCarthyismus heißt, also der bösartige, ausgesprochen hysterische Antikommunismus, solch große Volksmassen mit eigentlicher Suggestivgewalt packen konnte, und zwar bis tief in die Arbeiterschaft hinein. Ein Mitarbeiter des «New Statesman» berichtete letztthin (4. April) von einem Gewerkschaftsführer in Philadelphia, der ihm gesagt habe: «Ich hasse McCarthy und alles, was er tut. Aber 40 Prozent meiner Mitglieder stehen hinter ihm.» Man könne das, so meint er, nur verstehen, wenn man wisse, daß dank einer jahrelangen Propaganda der Republikanischen Partei (die jetzt an der Regierung ist) zahllose Amerikaner davon überzeugt seien, kommunistischer Einfluß im Außenministerium habe China den Bolschewiki in die Hände gespielt und drohe auch in der übrigen Welt die Sache Amerikas zu ruinieren. Also . . .

Mag sein, daß solche Vorstellungen mitgeholfen haben, McCarthy zu dem Nationalhelden und Freiheitsretter zu machen, als der dieser gerissene, aber bieder und gewinnend auftretende Demagogé Millionen von Amerikanern und Amerikanerinnen erscheint. Auf jeden Fall ist es ihm und seinesgleichen gelungen, das amerikanische Volk, seine Parteien und Parlamente, seine Regierungen und seine Gerichtshöfe zu überzeugen, daß der große Feind der Menschheit und namentlich aller Freiheit und Demokratie der Kommunismus sei — wo es doch mit Händen zu greifen ist, daß es nicht der Kommunismus, sondern der Antikommunismus ist, von dem die wirkliche Gefahr für Freiheit und Menschenrecht, ja für das Leben der Völker selbst, ausgeht.

In den Vereinigten Staaten ist jedenfalls, wie Tausende von Tatsachen

bezeugen, von dem, was wir unter Freiheit der Rede, der Forschung, der Presse, der Versammlung und Vereinigung verstehen, nicht mehr viel übrig. Moralischer Terror und politische Willkür haben das meiste davon getötet. Unter Beamten und öffentlichen Angestellten aller Grade, unter Schriftstellern und Journalisten, unter Schauspielern und Filmautoren, unter Radio- und Fernsehmitarbeitern ist längst gründlich aufgeräumt; nötigenfalls wurden Widerstrebende in den Selbstmord getrieben. Jetzt geht es vor allem an die noch nicht ganz «gesäuberten» Lehrer und Professoren; auch den Kirchen wurde bereits deutlich genug gedroht. Die Justiz ist eingeschüchtert und prostituiert; Steve Nelson, einer der vielen, die als des Kommunismus verdächtig vor Gericht gestellt wurden, fand keinen Verteidiger — 700 Anwälte weigerten sich, einer nach dem andern, sich für ihn einzusetzen —, und die Rosenbergs werden dem elektrischen Stuhl kaum mehr entrinnen.

Kürz, Rechtsstaat und politische Demokratie sind in Amerika aufs schwerste erschüttert. Gleichzeitig gewinnen die Geldmächte immer mehr Herrschaft nicht allein über die Wirtschaft, sondern auch über den Staat und das öffentliche Leben, dies besonders im Zusammenhang mit den Kriegsrüstungen und der dadurch begünstigten fortschreitenden Konzentration des Industrie- und Finanzkapitals. In der Außenpolitik aber triumphiert ein Geist, der mit der Verteidigung der Freiheit in der Welt nichts mehr zu tun hat, sehr viel aber mit ihrem Gegenteil. Die Vereinigten Staaten stehen ja in enger, aber höchst unheiliger Allianz mit einigen der brutalsten und korruptesten Regierungssysteme, die es überhaupt gibt — Spanien, Griechenland, Türkei, Tschiangs Rumpfchina, Rhees Südkorea, Bao Dais Indochina usw., nicht zu vergessen de Gasperis klerikal-reaktionäres Italien und Adenauers dito Westdeutschland. Gerade jetzt, während ich schreibe, wird Herr Adenauer in Amerika auf die plumpste Art umschmeichelt und als Bannerträger des europäischen Antikommunismus gefeiert — des gleichen Antikommunismus, der Deutschland Hitler in die Arme getrieben und Hitler selbst in seinen Kreuzzug gegen die Sowjetunion gejagt hat. Keine andere Rolle spielt der deutsche Kanzler heute im Spiel des westlichen Imperialismus, der in der Maske des idealgesinnten Vorkämpfers der Freiheit tatsächlich deren zynischer Totengräber ist. Kann man sich einen ärgeren Betrug an den Völkern, eine schuldhaftere Verblendung der Geister — das sichere Zeichen nahenden Verderbens — denken?

Und doch Hoffnung! In diesem ganzen Rahmen, so glauben wir, muß man die Reaktion der Westmächte auf die Verständigungsbemühungen des Ostblocks sehen. Nicht, daß diese Reaktion auf der ganzen Linie einfach negativ sein müsse. In Korea ist es bereits zu einer Abmachung über die Heimschaffung der verwundeten und kranken Gefangenen gekommen und das, obschon die Amerikaner die bedingungslose Unterwerfung der Nordkoreaner und Chinesen un-

ter ihre Forderungen verlangten. Ähnlich mag es auch mit der Lösung der Kriegsgefangenenfrage überhaupt gehen, so daß dann einem Waffenstillstand kein Hindernis mehr im Wege stünde. Nordkorea und China müssen schon sehr starke Gründe für diese Hinnahme eines für ihr Ansehen in Asien nicht ungefährlichen amerikanischen Triumphes haben; aber über alle Prestigerücksichten hinweg wäre es doch die Hauptsache, daß einmal in Korea wenigstens nicht mehr Krieg geführt würde. Ob daraus auch ein wirklicher Friedenszustand wird, steht auf einem anderen Blatt. Es müßte schon ein gänzlicher Umschwung der amerikanischen Ostasienpolitik eintreten, wenn es dahin kommen soll, und das ist nach allem, was wir gerade von der jetzigen, auf ein richtiges Scharfmachertum gegen die revolutionäre Bewegung in Asien eingeschworenen Regierung der Vereinigten Staaten wissen, äußerst unwahrscheinlich. Was aber, wenn nicht unmittelbar wahrscheinlich, so doch mindestens möglich ist, das ist ein wachsender Widerstand der Verbündeten und Satelliten Amerikas gegen die Folgen der militärischen Großaufrüstung und gegen die «Befreiungspolitik» der Eisenhower-Dulles-Regierung überhaupt.

Frankreich vor allem schliddert immer unaufhaltsamer in wirtschaftliche Auflösung und finanziellen Bankrott hinein, wenn es mit der heimischen Aufrüstung und dem Krieg in Indochina so weitermacht; daran vermögen alle Wallfahrten seiner Politiker nach Washington nicht viel zu ändern. Aber auch England seufzt unter der Last der «Verteidigung der freien Welt» gegen eine imaginäre Angriffsdrohung aus Osten. Im «New Statesman» konnte man unlängst (28. März) lesen:

«Es ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Die gegenwärtige Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten, so erstaunlich sie ist, ruht auf sehr unbeständigen Grundlagen... Das Heranrücken einer Krise wird ohne Zweifel von der jetzigen wie von jeder anderen Regierung kräftig bekämpft werden. Aber es wäre töricht, wollte man hoffen, daß Washington eine Politik entwickeln werde, die entschlossen genug, biegsam genug oder rasch genug in der Ausführung wäre, um zu verhindern, daß *unsere* Lage im Fall eines auch nur mäßigen Rückschlags in Amerika verzweifelt würde... Wir können uns vielleicht noch eine Zeitlang in einem Zustand halber Krise weiterschleppen; wenn wir aber mit unseren Rüstungsausgaben im gegenwärtigen Maßstab weiterfahren, werden wir zuletzt entdecken, daß wir uns zutode gerüstet haben.»

Das ist deutlich gesprochen. Und es ist nicht der einzige Beschwerdepunkt, den England und Westeuropa überhaupt gegen Amerika haben. Es sind derer eine ganze Reihe — wirtschaftliche, politische, stimmungsmäßige Beschwerden, die man in der Alten Welt gegen die Vettern jenseits des Meeres hat, nicht zuletzt deren herrenmäßiges Auftreten gegenüber den armen Verwandten und Unterstützungsempfängern. Wir halten zwar die besonders auch von Stalin in seiner letzten Zeit entwickelte These, daß die Konflikte im Schoß der kapitalistischen Welt selbst sich zu einer ernsten Kriegsgefahr steigern werden, für ungebührlich zugespißt. Aber daß solche Konflikte längst glimmen, daran kann dennoch kein Zweifel sein, und wer weiß, ob sie nicht unter bestimmten Voraussetzungen einmal offen auflodern — so offen, daß sich die europäischen Völker

einfach weigern werden, für Amerika die Kastanien aus dem Feuer zu holen! Auch der Dollar ist schließlich nicht allmächtig . . . Und wenn die Vereinten Nationen in der Ära Trygve Lie mehr und mehr zum gefügigen Werkzeug der amerikanischen Weltmachtpolitik und des Kalten Krieges gegen die östliche Welt herabgesunken sind, so erscheint es heute keineswegs undenkbar, daß ihr neuer Generalsekretär, der Schwede Hammarskjöld, mithelfen wird, sie wirklich zu dem zu machen, was sie nach ihrer Satzung zu sein nie hätten aufhören sollen: ein Organ friedlicher Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Erde, unbeschadet ihrer sozialen und politischen Verfassung. Auf dieses Ziel hin sollten jedenfalls unsere Anstrengungen nun mit neuer Kraft gerichtet werden!

9. April

Hugo Kramer

Redaktionelle Bemerkung

Die Weltrundschau von Dr. Hugo Kramer ist in diesem Heft kürzer als gewohnt und in einer Hinsicht unvollständig, als ihr Verfasser das Einzelproblem, nämlich das Verhältnis von Marxismus-Kommunismus zum Christentum in der heutigen Weltlage im Rahmen einer Besprechung des neuerschienenen Buches von Prof. Emil Fuchs und als Ergänzung zur Weltrundschau in einem eigenen Aufsatz behandelt hatte. Diesen Aufsatz hoffen wir aber in einem Heft, welches speziell diesem erwähnten Problem gewidmet sein soll, zu bringen.

D. R.

«Für ein Jüdisches Lehrhaus Zürich»

Im Rahmen dieser «Öffentlichen Kurse, jüdischem Lernen gewidmet» beginnt unter der Leitung von Dr. Hermann L. Goldschmidt am 28. April 1953 ein neuer Kurs: «Amos und Hosea — Einführung in die Grundfragen der Prophetie — Lektüre der Bibel (auf deutsch) — Aussprache». Zeit: vom 28. April bis 2. Juni jeden Dienstagpunkt 20.30—22 Uhr; Ort: Gemeindehaus Lavaterstraße 37, zweiter Stock, Zimmer 202; Gebühr: Fr. 12.—, auf Antrag ermäßiger Beitrag: Fr. 5.—. Die Teilnehmer sind gebeten, einen deutschen Bibeltext mitzubringen!